

Ressort: Finanzen

Wirtschaftsverbände warnen vor Einknicken im Streit um Hilfe für Athen

Berlin, 22.06.2015, 08:51 Uhr

GDN - Die Spitzen der deutschen Wirtschaftsverbände haben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) aufgefordert, im Streit um die Griechenland-Hilfe keine Zugeständnisse zu machen. Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), Ullrich Grillo, sagte der "Bild" (Montag): "In einer Wirtschafts- und Währungsunion darf es kein Verbleiben um jeden Preis geben. Wenn kein Vertrauen mehr herrscht, dass geschlossene Verträge gelten, dann sind die Grundfesten unserer Rechts- und Werteordnung gefährdet."

Auch der Chef des Arbeitgeberverbandes BDA, Ingo Kramer, forderte von Griechenland, heute zu "liefern". "Nur dann kann Griechenland die eigene Insolvenz abwenden. Und nur dann kann Griechenland im Euro bleiben", sagte Kramer der "Bild". Der Chef des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Eric Schweitzer, warnte davor, die Stabilitätsregeln aufzuweichen oder umzuinterpretieren. "Ein Verbleib in der Eurozone steht und fällt mit einem verlässlichen Bekenntnis der griechischen Regierung zum Reformkurs und vor allem mit Erfolg versprechenden Vorschlägen." Die "Zeit des Pokerns" sei vorbei, Situation sei "mehr als ernst", so Schweitzer.

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-56447/wirtschaftsverbaende-warnen-vor-einknicken-im-streit-um-hilfe-fuer-athen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619